

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport
Sitzungsdatum:	Montag, den 28.04.2025
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:15 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung



Markus Fettback
Vorsitzender



Andrea Schwarzlose
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Markus Fettback

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun

Frau Petra Fischer

Herr Michael Grupe

Herr Werner Jacob

Frau Alexandra Schleef

Frau Dr. Anita Schupet bis Mitte TOP 10

Herr Dennis Weiß

Herr Alexander Wittwer

sachkundige Einwohner

Herr Torsten Fettback

Frau Astrid Göttler

Protokollführer

Frau Andrea Schwarzlose

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Kathleen Altmann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Thomas Mildt

entsch. Vertr. Hr. Grupe

Herr Björn Paucke

entsch. Vertr. Hr. Wittwer

sachkundige Einwohner

Frau Jessica Bräsel

entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der EGem Stadt Tangerhütte am Montag, 28.04.2025, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch den Ausschussvorsitzenden | |
| 4. | Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 10.03.2025 | |
| 5. | Einwohnerfragestunde | |
| 6. | Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 7. | Antrag der CDU-WG Zukunft Fraktion - Änderung der Geschäftsordnung | BV 0246/2025 |
| 8. | Information zur Betreuungssituation in den Tageseinrichtungen | |
| 9. | Stand Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates zur Wiedereröffnung der Kita-Demker | |
| 10. | Informationen der Verwaltung zum Prozess der Neubesetzung der Kita-Leitung der Kita "Unsere Dorfspatzen" in Bellingen | |
| 11. | Anpassung der Gliederung der Themenfelder - Kita-Konzeption | BV 0247/2025 |
| 12. | Abstimmung eines Fragebogens für Eltern im Rahmen der Kita-Konzepterstellung | BV 0240/2025 |
| 13. | Abstimmung eines Fragebogens für Erzieher in Rahmen der Kita-Konzepterstellung | BV 0241/2025 |
| 14. | Abstimmung eines Fragebogens für Führungskräfte im Rahmen der Kita-Konzepterstellung | BV 0242/2025 |
| 15. | Stand Kalkulation Kostenbeiträge Kitas | |
| 16. | Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

20. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
21. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
22. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Fettback eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Er informiert, dass Herr Pauke durch Herrn Witwer und Herr Mildt durch Herrn Grupe vertreten wird. Frau Bräsel fehlt entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Schleef beantragt, den Tagesordnungspunkt 3 (TOP) abzusetzen.

Herr Fettback erklärt, dass keine Abstimmung erforderlich ist, da dies selbsterklärend ist.

Frau Braun äußert Zweifel, ob die Tagesordnung lediglich festgestellt oder beschlossen werden muss, und verweist auf unterschiedliche Handhabungen in anderen Gremien.

Herr Brohm erläutert, dass eine Abstimmung nur bei Änderungen erforderlich ist, ansonsten wird die Tagesordnung festgestellt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3: Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch den Ausschussvorsitzenden

Dieser TOP wurde abgesetzt von der TO, siehe TOP 2.

TOP 4: Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 10.03.2025

Herr Fettback erklärt, dass die BV 0213/2025 als Anlage zur Niederschrift eingefügt worden ist.

Herr Fettback bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 10.03.2025.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

TOP 5: Einwohnerfragestunde

Einwohner Nr. 1 gibt ein Update zur Kita-Situation in Demker. Er berichtet, dass es zwei neue Kinder für die Kita gibt und die Kapazität der Einrichtung ausgeschöpft wäre. Zudem erwähnt er, dass es drei schwangere Frauen in der Gemeinde gibt, was auf eine positive Entwicklung hinweist.

Einwohner Nr.2 erkundigt sich nach der Nichtverlängerung des Vertrages einer Mitarbeiterin im Bereich Kita, obwohl Personalnot herrscht. Zudem fragt er nach der geplanten Sanierung der Kita Bellingen, ob diese während des Betriebes erfolgen oder die Kita geschlossen wird.

Herr Brohm erklärt, dass Personalangelegenheiten nicht öffentlich diskutiert werden. Zur Sanierung der Kita Bellingen verweist er darauf, dass es sich um Überlegungen handelt, die nicht aus der Verwaltung stammen. Ein Antrag aus der Ortschaft liegt vor, über den der Stadtrat entscheiden muss. Konkrete Planungen gibt es noch nicht.

Einwohner Nr. 3 äußert den Verdacht, dass auf Zeit gespielt wird, um Eltern zum Wechsel in andere Einrichtungen zu bewegen. Er fragt nach der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses in Bezug auf die Kitaöffnung in Demker.

Herr Brohm weist diesen Verdacht zurück und betont, dass er seiner Verantwortung nachkommt und keine Verzögerungstaktik verfolgt. Er erläutert, dass die Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen an die Einhaltung formaler und rechtlicher Vorgaben gebunden ist. Der Beschluss zur Wiedereröffnung der Kita in Demker ist aufgrund der Anforderungen des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG) sowie des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) nicht umsetzbar, da die entsprechenden Vorgaben an diesem Standort nicht erfüllt werden können. Die relevanten Paragraphen sind im Widerspruchsschreiben aufgeführt und öffentlich einsehbar.

Auf die Nachfrage des **Einwohners Nr. 3**, ob dies mit dem Personalschlüssel zusammenhängt, entgegnet **Herr Brohm**, dass die materielle und personelle Ausstattung nicht ausreicht, um die notwendigen Schutzkonzepte umzusetzen.

Der **Einwohner Nr. 1** äußert Bedenken hinsichtlich des Schulbussystems und schildert die Schwierigkeiten, die seine Kinder durch die Änderungen im Busverkehr haben. Er kritisiert, dass sein Sohn häufig keinen Sitzplatz findet und die Fahrzeiten sich verlängert haben.

Herr Brohm weist darauf hin, dass die Einheitsgemeinde (EGem) für die Schülerbeförderung nicht zuständig ist und die Verantwortung beim Landkreis liegt. Er regt an, konstruktive Kritik an die zu-

ständigen Stellen zu richten, da es sich um ein Pilotprojekt handelt, das noch optimiert werden muss.

Frau Schleef ergänzt, dass die EGem bei der Schülerbeförderung kein Mitspracherecht hat und die Planung durch das Schulamt in Stendal erfolgt. Sie weist darauf hin, dass es keinen Anspruch auf Sitzplätze gibt und die Fahrpläne für einige Regionen unzureichend sind.

Frau Braun widerspricht dieser Darstellung und betont, dass die EGem als Träger der Grundschulen sehr wohl betroffen sind. Sie berichtet von Beschwerden der Eltern aus Lüderitz und Umgebung, die sich über längere Fahrzeiten und überfüllte Busse beklagen haben. Sie kritisiert, dass ein Schülerbus zugunsten des neuen Tangosystems eingespart worden ist, was zu erheblichen Nachteilen für die Schülerbeförderung geführt hat. Frau Braun hebt hervor, dass die Schülerbeförderung nicht unter dem neuen System leiden darf, und fordert eine Überprüfung der aktuellen Regelungen. Zudem kritisiert sie die zusätzlichen Kosten für Schüler, die den Rufbus nutzen, und bezeichnet diese als unzumutbar für Familien mit mehreren Kindern.

Herr Jacob widerspricht der Aussage, dass die Stadt Tangerhütte keinen Einfluss auf die aktuelle Situation hat. Er betont die Verantwortung der EGem für ihre Bürger, insbesondere für die betroffenen Kinder. Er meint, dass der Bürgermeister, als Mitglied des Kreistages, eine besondere Verantwortung trägt und muss nicht nur die positiven Aspekte eines Systems hervorheben, sondern auch die negativen Auswirkungen analysieren und beheben. Er schließt sich der Kritik an und weist darauf hin, dass der Bürgermeister in die Entscheidungsprozesse eingebunden ist und die Auswirkungen des neuen Systems auf die Schüler hätte analysieren müssen. Die Einführung des Tangosystems hat offenbar ohne ausreichende Berücksichtigung der Bedürfnisse der Schüler stattgefunden. Herr Jacob fordert daher eine stärkere Einbindung der EGem in die Planung und Umsetzung solcher Projekte.

Herr Fettback äußert den Wunsch, dass die Probleme ernsthaft angegangen werden. Er kritisiert, dass die Kommunikation über die geänderten Busfahrzeiten unzureichend gewesen ist, was zu Verwirrung und Problemen geführt hat. Er berichtet von persönlichen Erfahrungen seines Sohnes, der von der Schule nicht über die Änderungen informiert worden ist. Er fordert, dass die Infrastruktur nicht zugunsten von Kosteneinsparungen abgebaut wird und erwartet, dass der Bürgermeister in seiner Doppelfunktion als Kreistagsmitglied und Bürgermeister die Anliegen der Bürger ernst nimmt. Ein **Einwohner Nr. 4** schildert die Probleme seines Sohnes, der aufgrund der geänderten Busfahrzeiten stehend und ohne Sitzplatz zur Schule fahren muss. Er kritisiert die mangelnde Kommunikation und fragt, ob das neue System dauerhaft bestehen bleiben soll. Er betont, dass die aktuelle Situation für die Schüler unzumutbar ist und fordert eine Verbesserung der Beförderungsbedingungen.

Herr Brohm erklärt, dass es sich bei dem neuen System um ein Pilotprojekt handelt, das im Kreistag vorgestellt worden ist. Er betont, dass die Zuständigkeit für die Schülerbeförderung beim Landkreis liegt und dass die Stadt Tangerhütte die Anliegen der Bürger an den Landkreis weiterleiten wird. Er sichert zu, dass die Probleme analysiert und konstruktive Lösungen gesucht werden.

Frau Braun kritisiert, dass das neue System Tango die Schülerbeförderung negativ beeinflusst. Sie schlägt vor, gemeinsam mit anderen Fraktionen einen Antrag an den Landrat zu stellen, um die alten Busfahrpläne wiederherzustellen und die Nachteile für die Schüler zu beseitigen. Sie betont, dass das Projekt Tango nicht grundsätzlich infrage gestellt wird, jedoch nicht auf Kosten der Schülerbeförderung umgesetzt werden darf.

Herr Grupe plädiert dafür, dem Pilotprojekt mehr Zeit zu geben, bevor Änderungen beschlossen werden. Er spricht sich dafür aus, die Ergebnisse des Projekts zunächst abzuwarten und dann zu bewerten.

Frau Schleef spricht über das Gymnasium in Tangermünde, dass die Eltern über E-Mails und WhatsApp-Nachrichten über die Änderungen informiert worden sind. Sie betont, dass die Schule die Eltern rechtzeitig informiert hat und kritisiert die Erwartungshaltung, dass die Schule noch andere Kommunikationswege nutzen soll.

Herr Fettback äußert die Erwartung, dass Schulen und Busunternehmen frühzeitig Informationen bereitstellen, um Schüler rechtzeitig zu benachrichtigen. Er betont, dass dies nicht überall geschehen ist und fordert eine Verbesserung der Kommunikation.

Herr Jacob ergänzt, dass die Schülerbeförderung nicht beeinträchtigt werden darf und eine schnelle Lösung der bestehenden Probleme erforderlich ist, um Nachteile für die Schüler zu beseitigen.

Herr Grupe gibt an, keine Verbindung zwischen dem Unternehmen Tango und Schulbussen im Kreistag wahrgenommen zu haben.

Herr Fettback fordert die Verwaltung auf, die Thematik aufzubereiten und sowohl dem Landkreis als auch dem Schulbusunternehmen mitzuteilen, dass Verbesserungen notwendig sind.

TOP 6: Information des Ausschussvorsitzenden

Herr Fettback informiert über die Sanierung der Kita in Bellingen, die 1983 erbaut wurde. Er erläutert, dass ein Förderprogramm des Landes Sachsen-Anhalt eine 90-prozentige Förderung für energetische Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden ermöglicht. Der Ortschaftsrat hat daher einen Antrag auf energetische Sanierung gestellt. Zudem fordert er die Verwaltung auf, die rechtlichen Grundlagen für Entscheidungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Kita Demker, klar darzulegen und mit Paragrafen und Absätzen zu belegen, um die Ausschussmitglieder umfassend zu informieren.

TOP 7: Antrag der CDU-WG Zukunft Fraktion - Änderung der Geschäftsordnung Vorlage: BV 0246/2025

Herr Fettback stellt den Antrag der CDU-WG-Zukunft, §13 Nr. 5, zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Er plädiert dafür, Tonaufzeichnungen von Sitzungen länger aufzubewahren, um bei Unstimmigkeiten die Diskussionen nachvollziehen zu können. Er sieht keinen datenschutzrechtlichen Konflikt, da die Tonaufzeichnungen ebenso wie die Niederschriften unter Verschluss bleiben. Herr Fettback unterstützt diesen Antrag und betont, dass Tonaufzeichnungen eine präzisere Nachvollziehbarkeit ermöglichen würden, ohne dass eine wortgleiche Niederschrift erforderlich ist.

Herr Jacob führt zum Antrag § 17 aus, dass die Fraktionen rechtliche Beratung benötigen, um ihre Arbeit rechtssicher ausführen zu können. Er nennt als Beispiel eine Anfrage an die Verwaltung, die als Antrag auf Akteneinsicht interpretiert worden ist, obwohl lediglich Informationen gewünscht wurde. Er fordert, dass Fraktionen finanzielle Mittel für rechtliche Beratung erhalten, um ihre Anträge überprüfen zu lassen.

Frau Schleef erkundigt sich, ob hierfür ausschließlich die Fraktionsgelder der CDU verwendet werden sollen, was Herr Jacob bejaht.

Frau Braun unterstützt den Antrag und kritisiert, dass die Verwaltung keine objektive Rechtsauskunft erteilt. Sie verweist auf die Verpflichtung der Kommunalaufsicht, Ortsbürgermeister in Streitigkeiten rechtlich zu beraten, was ihrer Ansicht nach nicht erfüllt wird. Sie äußert Kritik an die Verwaltung, insbesondere an der fristgerechten Beantwortung von Anfragen, die gemäß der Hauptsatzung oder dem KVG innerhalb von vier Wochen schriftlich erfolgen muss. Frau Braun bemängelt zudem die Freitaginfos der Verwaltung, die ihrer Ansicht nach lediglich Wiederholungen enthalten und keine neuen Informationen liefern. Eine transparente und schriftliche Beantwortung ihrer Anfragen wird gefordert. Sie kritisiert die Bearbeitung einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Brohm, die nicht weitergeleitet worden ist. Sie beklagt, dass die Verwaltung ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, was die Mandatsausübung der Stadtratsmitglieder beeinträchtigt.

Frau Dr. Schupet stellt die Frage, ob nachvollzogen werden kann, in welcher Höhe Fraktionen ihre Fraktionsgelder abgerufen und wofür diese verwendet haben. Sie betont die Wichtigkeit von Nachweisen, um die Diskussion weiterführen zu können.

Herr Jacob antwortet, dass alle Fraktionen sowohl in der letzten als auch in der aktuellen Legislaturperiode sehr sparsam mit den Fraktionsgeldern umgegangen sind. Es haben keine Ausgaben für Bewirtungen oder Büromaterialien gegeben, da diese privat finanziert worden sind. Er betont, dass dies bereits in früheren Diskussionen thematisiert worden ist.

Herr Fettback zeigt sich verwundert über die Stellungnahme der Verwaltung, die bei rechtlichen Fragen direkt von einem Klageverfahren ausgeht. Er hebt hervor, dass es zunächst um die Klärung der eigenen Rechtsposition geht und ein Klageverfahren nur der letzte Schritt ist. Er verweist auf frühere Fälle, in denen die Rechtsauffassung der Verwaltung nicht korrekt gewesen ist, und betont die Notwendigkeit, sich rechtliche Beratung einzuholen.

Herr Jacob unterstreicht die Aufgabe des Stadtrats, die Verwaltung zu kontrollieren, und betont, dass rechtliche Beratung für die Fraktionen essenziell ist, um fundierte Entscheidungen treffen zu

können. Er weist darauf hin, dass die Fraktionen keine Rechtsgelehrten sind und daher auf externe Expertise angewiesen sind.

Herr Brohm äußert Bedenken hinsichtlich der Aufbewahrung von Mitschnitten und verweist auf datenschutzrechtliche Empfehlungen, diese nicht länger aufzubewahren. Er betont, dass er Widerspruch einlegen wird, falls ein rechtswidriger Beschluss gefasst wird.

Herr Wittwer erklärt, dass die Kommunalaufsicht in Fragen der Geschäftsordnung nicht eingreifen wird, da diese das Miteinander des Rates regelt. Er hält es für unproblematisch, eine Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren zu beschließen, auch wenn dies rechtlich nicht bindend ist.

Herr Fettback bittet um Abstimmung über die BV 0246/2025.

Der Stadtrat der EGem Stadt Tangerhütte beschließt die 7. Änderung der Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

TOP 8: Information zur Betreuungssituation in den Tageseinrichtungen

Herr Fettback erinnert daran, dass beim letzten Mal versucht worden ist, die Betreuungsschlüssel und die Verteilung der Betreuungsstunden nachzuvollziehen, was jedoch nicht gelungen ist. Er fordert eine verständlichere Aufbereitung der Tabellen, sodass diese auch für Personen ohne Vorkenntnisse nachvollziehbar ist.

Frau Altmann erklärt, dass beim letzten Mal ein Handout verteilt worden ist, in dem jedes Feld der Tabelle erläutert wurde. Sie bietet an, die Inhalte erneut zu erklären, weist jedoch darauf hin, dass die Zahlen aus den individuellen Betreuungsverträgen der Kinder sowie den Arbeitsverträgen der Mitarbeiter resultieren. Sie betont, dass die Tabelle mit den entsprechenden Erläuterungen bereits vorliegt.

Herr Fettback äußert die Befürchtung, dass die aktuelle Darstellung der Informationen nicht nachvollziehbar ist. Er fordert eine vereinfachte und systematische Aufbereitung, die ohne zusätzliche Erläuterungen verständlich ist, da dies für die Nachvollziehbarkeit in der Zukunft essenziell ist. Herr Fettback kritisiert zudem, dass die Tabelle nicht selbsterklärend ist.

Frau Altmann entgegnet, dass die Zahlen bei einer detaillierten Auseinandersetzung nachvollziehbar sind und verweist auf die bereits bereitgestellten Unterlagen. Sie zeigt sich irritiert über die Forderung nach einer anderen Darstellung, da sie die bisherigen Erläuterungen für ausreichend hält. Sie berichtet, dass sie in der letzten Sitzung gebeten worden ist, zwei Informationspunkte mit erläuternden Dokumenten zu versehen. Frau Altmann hat dies für den Bereich Kita umgesetzt und die relevanten Informationen Spalte für Spalte erklärt.

Herr Fettback ergänzt, dass er den Begriff „Glossar“ verwendet hat, um den erklärenden Anhang zu beschreiben, was Frau Altmann jedoch korrigiert, da sie von einem „Handout“ gesprochen habe. Beide einigen sich darauf, dass die Systematik der Darstellung verbessert werden muss.

Herr Fettback sagt: „Darum noch einmal wörtlich ins Protokoll, dass Sie das bitte aufbereiten, sodass das nachvollziehbar ist, ohne dass wir noch drei Informationen dazu brauchen, um die Zahlen zu verstehen.“

TOP 9: Stand Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates zur Wiedereröffnung der Kita-Demker

Im weiteren Verlauf erläutert **Frau Altmann** den Stand der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Wiedereröffnung der Kita in Demker. Sie führt aus, dass ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt worden ist und der Hauptausschuss die Rahmenbedingungen für die Besetzung der Leitungsstelle erörtert hat. Eine Empfehlung zur Einstellung ist an den Stadtrat weitergeleitet worden, jedoch hat der Bürgermeister sein Einvernehmen nicht erteilt. Der Stadtrat hat dennoch einen Beschluss gefasst, gegen den der Bürgermeister aufgrund von Rechtswidrigkeit Widerspruch eingelegt hat. Die Unterlagen sind derzeit bei der Kommunalaufsichtsbehörde zur Prüfung.

Frau Braun kritisiert die Vorgehensweise der Verwaltung scharf. Sie führt aus, dass eine Leiterin für zwei kleine Einrichtungen möglich ist und das Jugendamt als Träger der Jugendhilfe keine Einwände hat. Sie hinterfragt die Rechtswidrigkeit der vorgeschlagenen Lösung und wirft der Verwaltung vor, durch Verzögerungstaktiken den Stadtratsbeschluss nicht umzusetzen. Frau Braun betont, dass der Stadtrat als oberster Dienstherr mehrfach die Wiedereröffnung der Kita beschlossen hat und die Verwaltung verpflichtet ist, dies fristgerecht umzusetzen.

Herr Fettback erkundigt sich nach der Zuständigkeit des Stadtrats bei der Besetzung der Leitungsstelle.

Frau Altmann erklärt, dass gemäß der Hauptsatzung Neueinstellungen ab der Entgeltgruppe 9 in die Zuständigkeit des Stadtrats fallen.

Herr Jacob äußert die Vermutung, dass die Verwaltung die Situation absichtlich kompliziert darstellt, um die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu verzögern. Er kritisiert, dass die vorgelegten Informationen nicht nachvollziehbar sind und dies den Eindruck erweckt, dass auf Zeit gespielt wird.

TOP 10: Informationen der Verwaltung zum Prozess der Neubesetzung der Kita-Leitung der Kita "Unsere Dorfspatzen" in Bellingen

Frau Altmann informiert über den Prozess der Neubesetzung der Kita-Leitung in Bellingen. Sie berichtet, dass die Eltern darüber informiert worden sind, dass die bisherige Leitung nicht in den Dienst zurückkehren wird. Eine Erzieherin aus dem bestehenden Personalbestand wurde motiviert, sich mit der Übernahme von Leitungsaufgaben auseinanderzusetzen. Diese wird bis zum Sommer erste Erfahrungen sammeln, bevor eine finale Entscheidung über ihre Eignung getroffen wird. Frau Altmann betont, dass die Erzieherin im Falle einer positiven Entscheidung die notwendige Fortbildung erhalten wird.

Frau Braun möchte ihr Gesagtes wörtlich haben. Sie sagt: "Das haut einem fast die Füße weg. Solche Begründungen und so eine Argumentation, die ist wirklich beschämend. In der Sache Demker haben wir eine ausgebildete Leiterin, die wurde nicht eingestellt, die hätte jetzt eingestellt werden können. Die hätte gleich Bellingen mit machen können. Jetzt wollt ihr uns hier erklären, dass eine Nichtleiterin, für die Leitungstätigkeit vorbereitet, analysiert und final entschieden wird. Die wird auf unsere Kosten noch mal ausgebildet und fehlt dann auch, weil sie zur Schule geht. Das ist doch ein richtiger Skandal. Das greift doch wirklich ins Eingemachte. Das geht jetzt, dass eine Einrichtung, wie Bellingen ohne Leiterin arbeiten kann. Und hier wurde nicht die Kombinationslösung, die wir immer angeboten haben und die da war, da ging nichts. Was ist das für eine Ungerechtigkeit des Handels der Verwaltung, dass muss ich wirklich sagen. Ich möchte, dass das wörtlich ins Protokoll kommt. Das ist in meinen Augen ein Skandal. Und jetzt sag ich dir gehen wir in Widerspruch, dass geht ja wohl gar nicht."

Herr Fettback ist verwundert über die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der Besetzung der Leitungsstellen in Demker und Bellingen. Er schlägt vor, beide Einrichtungen gleichzeitig zu berücksichtigen, um sowohl den Stadtratsbeschluss umzusetzen als auch den Bedürfnissen beider Kitas gerecht zu werden. Bei der Nachbesetzung aus den eigenen Reihen weiß er aus eigener Erfahrung, dass dies nicht so einfach, aber notwendig ist, um Anreize zu schaffen, dass man auch weiterkommen kann. Dabei bemängelt er, dass der Sozialausschuss und der Stadtrat nicht vorab über die geplanten Maßnahmen informiert wurden, obwohl es sich um ein sensibles Thema handelt.

Frau Altmann erklärt, dass die Personalentscheidungen im Kontext der aktuellen Situation getroffen worden sind. Sie führt aus, dass die Reduzierung der Arbeitsstunden für festangestellte Mitarbeiter aufgrund sinkender Kinderzahlen notwendig ist, um Einschnitte für bestehendes Personal zu vermeiden. Sie verweist darauf, dass die Entscheidung zur vorübergehenden Übertragung höherwertiger Tätigkeiten ohne Stadtratsbeschluss im Rahmen der Befugnisse des Bürgermeisters liegt. Diese Maßnahme wurde getroffen, um die Belastung der Mitarbeiter zu reduzieren und die Sicherheit der Eltern zu gewährleisten. Sie betont, dass die betroffene Kollegin Potenzial zeigt und diese Einschätzung auch vom Landkreis geteilt wird.

Herr Fettback weist darauf hin, dass die Begründungen für die Personalentscheidungen widersprüchlich sind. Einerseits wird von einem hohen Krankenstand berichtet, andererseits von einer Reduzierung der Stunden aufgrund sinkender Kinderzahlen. Er fordert eine klare und konsistente Kommunikation.

Frau Altmann entgegnet, dass die Diskussion über die Personalplanung seit Januar 2024 geführt wird. Sie betont, dass die Meinungen im Ausschuss hierzu unterschiedlich sind, was die Entscheidungsfindung erschwert. Sie verweist darauf, dass die Personalplanung auch eine finanzielle Frage ist und die Situation in den Einrichtungen durchsinkende Kinderzahlen nicht automatisch verbessert wird.

Herr Grupe kritisiert die mangelnde Kommunikation zwischen den Verantwortlichen und dem Ausschussvorsitzenden. Er bemängelt, dass Entscheidungen nicht ausreichend abgestimmt worden sind.

Herr Fettback stimmt dieser Kritik grundsätzlich zu, erklärt jedoch, dass die Tagesordnung aufgrund der Abwesenheit von Ansprechpartnern nicht abgestimmt werden konnte.

Frau Altmann ergänzt, dass dies auf die Urlaubszeit zurückzuführen ist und betont, dass die Gemeinde dennoch handlungsfähig gewesen ist.

Frau Braun äußert Unverständnis darüber, dass der Landkreis angeblich Personalbewertungen vornimmt. Sie stellt klar, dass die Personalentscheidungen ausschließlich in der Zuständigkeit der Gemeinde liegen und der Landkreis lediglich die inhaltliche Ausrichtung der Kitas begleitet.

Frau Altmann stellt klar, dass sie nicht von einer Bewertung durch den Landkreis gesprochen hat, sondern von einer geteilten Einschätzung, die auf regelmäßigen Fachberatungen basiert.

Frau Dr. Schupet verlässt die Sitzung um 20:19 Uhr. Dadurch sind jetzt 8 Mitglieder anwesend.

Frau Schleef weist auf die Einhaltung der Geschäftsordnung hin und kritisiert, dass die Redezeit von zwei Minuten mehrfach überschritten worden ist. Sie betont, dass sie bei weiteren Verstößen die Sitzung verlassen wird.

Herr Fettback erklärt, dass die Geschäftsordnung bisher bewusst flexibel gehandhabt worden ist, um Themen ausführlich zu diskutieren. Er weist jedoch darauf hin, dass eine strengere Anwendung der Geschäftsordnung zu einer Verlagerung der Diskussionen in andere Gremien führen könnte.

Frau Schleef äußert Unmut über das Verhalten von Frau Braun, die sich unkollegial verhält und unangemessene Wortwahl benutzt.

Frau Braun sagt: "Frau Dr. Schupet hat, ich sag mal, pflichtwidrig, die Sitzung verlassen. Das macht sie nicht zum ersten Mal, wenn ihr etwas nicht passt. Ich war eben auf der Toilette und hab gesehen, wie sie in der Tür steht und dort sich das anguckt. Und ich möchte, dass das ins Protokoll wörtlich aufgenommen wird. Und Herr Vorsitzender, ich möchte, dass das gerügt wird."

Herr Fettback erklärt, dass Frau Dr. Schupet ihre Abwesenheit im Vorfeld angekündigt hat und bittet ebenfalls darum, die Diskussion zu beenden. Er betont, dass solche Vorfälle nicht im Fokus der Sitzung stehen sollten.

TOP 11: Anpassung der Gliederung der Themenfelder - Kita-Konzeption

Vorlage: BV 0247/2025

Herr Wittwer erklärt, dass die Anpassung der Gliederung der Themenfelder Kita-Konzeption auf einem nicht formulierten Änderungsantrag vom letzten Mal basiert. Er betont, dass die weichen Faktoren, die bereits in einer Liste des Vorsitzenden formuliert worden sind, in das Konzept aufgenommen werden sollen. Er räumt ein, dass dies beim letzten Mal versäumt worden ist, und schlägt vor, dies nun als Änderungsantrag festzuhalten.

Frau Altmann ergänzt, dass der Sozialausschuss die Konzepterstellung begleiten soll. Sie verweist darauf, dass der aktuelle Stand der Konzeption vorliegt und die Mitglieder des Ausschusses gebeten werden, Feedback zu geben, um offene Fragen zu klären oder Anpassungen vorzunehmen.

Herr Jacob stimmt Herrn Wittwer zu und fordert, die weichen Faktoren in das Konzept aufzunehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Frau Braun kritisiert, dass das Konzept lediglich die inhaltliche Gestaltung umfasst, jedoch keine Aussagen über den baulichen Zustand der Einrichtungen enthält. Sie führt konkrete Beispiele aus der Grundschule Lüderitz an, wie fehlende Schallschutzdecken, energetische Sanierungen und bauliche Mängel, die trotz Beschlüssen aus den Jahren 2020 und 2021 nicht umgesetzt worden sind. Sie fordert, dass diese Pflichtaufgaben in das Konzept aufgenommen werden, da sie entscheidend für die Qualität der Einrichtungen sind.

Herr Jacob schlägt vor, dass Frau Braun einen Änderungsantrag formulieren soll, anstatt eine lange Rede zu halten. Er betont, dass die Diskussion auf das Wesentliche konzentriert werden soll.

Frau Braun erklärt, dass ihre Rede bereits als Antrag zu verstehen ist, und fordert, dass die baulichen Voraussetzungen für eine qualifizierte konzeptionelle Arbeit in das Konzept aufgenommen werden. Sie verweist erneut auf die bestehenden Beschlüsse und deren mangelnde Umsetzung.

Frau Altmann weist darauf hin, dass der Punkt „Sanierungsbedarfe“ bereits in der Gliederung des Konzeptes enthalten ist, auch wenn er noch nicht mit Inhalten gefüllt ist. Sie hält einen weiteren Änderungsantrag für entbehrlich.

Herr Fettback betont, dass das Konzept allgemeine Überschriften für alle Kitas enthalten soll und verweist darauf, dass bestehende Beschlussvorlagen, wie die für Lüderitz, Teil des Konzeptes sind. Er fordert, die Diskussion auf die allgemeine Formulierung der Gliederung zu konzentrieren.

Herr Wittwer stimmt Frau Braun inhaltlich zu, weist jedoch darauf hin, dass die Punkte „Sanierungsbedarfe“ und „Definition von Qualitätsstandards baulicher Art“ bereits in der Gliederung enthalten sind. Er betont, dass die weichen Faktoren, die Herr Fettback formuliert hat, ebenfalls aufgenommen werden sollten, und schlägt vor, die Diskussion zu beenden und abzustimmen.

Herr Jacob fordert das Ende der Rednerliste und die Abstimmung.

Frau Braun formuliert daraufhin einen Änderungsantrag, der vorsieht, dass alle noch nicht umgesetzten Stadtratsbeschlüsse, die Kitas betreffen, in die Konzeption aufgenommen werden.

Herr Fettback liest noch einmal den Änderungsantrag vor, dass in die Kita-Konzeption alle noch nicht umgesetzten Stadtratsbeschlüsse, die Kitas betreffen, aufgenommen werden sollen.

Er bittet um Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Wittwer schlägt vor, den Änderungsantrag um die sogenannten „weichen Faktoren“ zu ergänzen, die in dem Handout von Herrn Fettback von der Sitzung vom 10. März enthalten sind.

Herr Fettback stimmt dem zu und bittet um Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Fettback bittet um Abstimmung der BV 0247/2025 mit den Änderungen.

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport stimmt der geänderten Gliederung der Kita-Konzeption zu.

Es soll in die Kita-Konzeption alle noch nicht umgesetzten Stadtratsbeschlüsse, die Kitas betreffen, mit aufgenommen werden. Des Weiteren soll die Konzeption um sogenannte „weichen Faktoren“ ergänzt werden, die in dem Handout von Herrn Fettback von der Sitzung vom 10. März enthalten sind.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

➤ **beschlossen**

TOP 12: Abstimmung eines Fragebogens für Eltern im Rahmen der Kita-Konzepterstellung **Vorlage: BV 0240/2025**

Frau Braun äußert Bedenken hinsichtlich der Notwendigkeit, einen Fragebogen für Eltern im Rahmen der Kita-Konzeption vom Stadtrat beschließen zu lassen. Sie argumentiert, dass dies in den Aufgabenbereich der Verwaltung fällt, da diese auch die Verträge mit den Eltern abschließt.

Frau Schleef hingegen betont die Relevanz der Fragen für die Konzeption und spricht sich dafür aus, die Elternmeinungen einzuholen, um mögliche Ergänzungen oder Anpassungen vornehmen zu können.

Herr Wittwer hebt hervor, dass die Entfernung zwischen Wohnort und Kita ein wichtiger Faktor ist, der in den Fragebogen aufgenommen werden sollte, da dies ein häufig geäußertes Anliegen der Eltern ist. Er verweist zudem auf die Bedeutung der sogenannten „weichen Faktoren“, die bereits in der vorherigen Diskussion thematisiert wurden.

Herr Jacob unterstützt die Befragung der Eltern und betont, dass deren Meinungen wertvolle Erkenntnisse für die Konzeption liefern könnten. Er schlägt vor, auch die Kommunikation außerhalb der Digitalisierung in den Fragebogen aufzunehmen.

Herr Fettback äußert Zweifel an der langfristigen Relevanz bestimmter Fragen, wie etwa zu digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, da sich diese in den kommenden Jahren ändern könnten. Er plädiert dafür, den Fragebogen so zu gestalten, dass daraus konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können.

Frau Altmann erinnert an die Beschlusslage, die die Definition von Zielen und Leitlinien für die Standortentwicklung unter Berücksichtigung von Erhalt, Digitalisierung und Nachhaltigkeit umfasst. Sie betont, dass der Fragebogen dazu dienen soll, die Inhalte dieser Themenfelder genauer zu definieren.

Frau Braun kritisiert, dass der Fragebogen nicht die wesentlichen Anliegen der Eltern widerspiegelt. Sie nennt als zentrale Themen die Entfernung zur Kita, die Betreuungszeiten, die Essensver-

sorgung und die Öffnungszeiten. Nachhaltigkeit ist ihrer Meinung nach eine Aufgabe des Bauamtes und des Gebäudemanagements und nicht von Eltern zu bewerten.

Frau Schleef entgegnet, dass es wichtig ist, über die Fragen zu diskutieren und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen, um die Zufriedenheit der Eltern und Kinder zu ermitteln. Sie meint, dann man sollte diese BV absetzen.

Herr Grupe spricht sich dafür aus, der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen, ohne weitere Änderungsanträge einzubringen.

Herr Jacob unterstützt diesen Vorschlag und hebt hervor, dass unter dem Punkt „allgemeine Anmerkungen“ Eltern die Möglichkeit hätten, zusätzliche Anliegen zu äußern.

Herr Wittwer unterstützt diese Ansicht und hebt hervor, dass es wichtig ist, bei der Auswertung der Fragebögen gezielt auf offene Fragen einzugehen, um ein Meinungsbild zu erhalten.

Herr Fettback bittet um Abstimmung über die BV 0240/2025.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport beschließen für die Bereiche

1. Standortentwicklung & Erhalt der Einrichtungen

2. Digitalisierung

3. Nachhaltigkeit und

4. Allgemeine Anmerkungen

den Eltern der zu betreuenden Kindern beigefügte Fragen zu stellen:

Abstimmungsergebnis: 6x Ja, 2x Nein, 0x Enthaltung

➤ **beschlossen**

TOP 13: Abstimmung eines Fragebogens für Erzieher in Rahmen der Kita-Konzepterstellung Vorlage: BV 0241/2025

Herr Wittwer weist darauf hin, dass es sinnvoll wäre, die Antworten den jeweiligen Kitas zuzuordnen, um spezifische Rückschlüsse ziehen zu können. Dies ist in der aktuellen Formulierung des Fragebogens nicht vorgesehen. Er schlägt vor, die Kita-Zuordnung entweder durch eine Vorabkennzeichnung oder durch eine entsprechende Abfrage im Fragebogen sicherzustellen.

Herr Fettback fragt nach wieviel Kinder es sind.

Frau Altmann antwortet ca. 700.

Herr Fettback ergänzt, dass bei einer hohen Beteiligung von Eltern – beispielsweise 500 von 700 möglichen – die Clusterung der Antworten eine erhebliche Aufgabe darstellen wird.

Herr Wittwer betont erneut, dass die Zuordnung der Antworten zu den jeweiligen Kitas essenziell ist, um die Ergebnisse sinnvoll auswerten zu können.

Frau Schleef schlägt vor, diese Anmerkung als Änderung in die Vorlage aufzunehmen.

Herr Jacob schlägt vor, einen Beschluss zu fassen, der die Verwaltung beauftragt, die Kita-Zuordnung in den Fragebögen sicherzustellen.

Herr Fettback merkt an, dass bei den Fragebögen für Erzieher eine präzisere Abfrage der Qualität und möglicher Verbesserungen wünschenswert ist, um handfestere Ergebnisse zu erhalten. Er gibt zu bedenken, dass eine zu offene Fragestellung möglicherweise keine verwertbaren Ergebnisse liefert.

Herr Jacob ergänzt, dass auch die Zufriedenheit der Erzieher mit ihrem Arbeitgeber ein relevanter Punkt ist, der berücksichtigt werden sollte.

Frau Schleef weist darauf hin, dass bei derartigen Umfragen die Anonymität gewahrt werden muss und spezifische Standorte nicht erwähnt werden dürfen. Sie erwähnt, dass externe Dienstleister solche Befragungen kostenlos durchführen können. Frau Schleef äußert jedoch Bedenken, dies in der aktuellen Diskussion zu berücksichtigen.

Herr Wittwer formuliert einen Änderungsantrag, der vorsieht, dass in den Fragebögen bei den Eltern und Erziehern die jeweilige Kita benannt wird.

Herr Fettback lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Fettback lässt über die BV 0241/2025 mit der Änderung abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport beschließen für die Bereiche

1. Standortentwicklung & Erhalt der Einrichtungen
2. Digitalisierung
3. Nachhaltigkeit und
4. Allgemeine Anmerkungen

den Erziehern und Erzieherinnen der zu betreuenden Kindern beigefügte Fragen zu stellen:

Es soll in den Fragebögen bei den Eltern und Erziehern, die jeweilige Kita benannt werden.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

➤ **beschlossen**

TOP 14: Abstimmung eines Fragebogens für Leitungskräfte im Rahmen der Kita-Konzepterstellung 0242/2025

Herr Wittwer schlägt vor, auch hier die Kita-Zuordnung aufzunehmen, da die Leitungskräfte unterschiedliche Anforderungen und Bewertungen je nach Standort haben könnten.

Herr Fettback lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Fettback lässt über die BV 0242/2025 mit der Änderung abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport beschließen für die Bereiche

1. Standortentwicklung & Erhalt der Einrichtungen
2. Digitalisierung
3. Nachhaltigkeit und
4. Allgemeine Anmerkungen

den Leitungskräften der Tageseinrichtungen beigefügte Fragen zu stellen:

Es sollen in den Fragebogen, die jeweilige Kita benannt werden.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

➤ **beschlossen**

TOP 15: Stand Kalkulation Kostenbeiträge Kitas

Es wurde nichts dazu vorgetragen und nicht gesprochen.

TOP 16: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Jacob regt an, einen Dienstleister zu beauftragen, der eine anonyme Befragung der Beschäftigten im Kita-Bereich durchführen könnte.

Frau Schleef ergänzt, dass die Organisation „Fachkraft im Fokus“ solche Befragungen kostenlos anbietet und auch die Auswertung übernehmen kann.

Es wird vereinbart, eine entsprechende Beschlussvorlage für den nächsten Ausschuss vorzubereiten.

Frau Schleef bietet an, den Kontakt zur Organisation herzustellen.

Frau Braun möchte eine Liste haben über die Beschlüsse, die nicht umgesetzt worden sind. Sie äußert sich kritisch zu ihrer finanziellen Situation als Ortsbürgermeisterin im Hinblick auf die Brauchtums- und Vereinsförderung. Sie erklärt, dass sie bereits fast 3.000 Euro aus eigenen Mitteln für Geburtstage, Jubiläen und Trauergestecke ausgegeben hat, jedoch keine Unterstützung für diese Ausgaben erhält. Sie bemängelt, dass selbst für die Seniorenweihnachtsfeier keine Mittel zur Verfügung stehen, obwohl sie entsprechende Haushaltsanträge eingereicht hat. Zudem kritisiert sie, dass

Herr Brohm dem Geschäftsführer Herrn Wetzig untersagt habe, Einnahmen aus Mieten für Instandsetzungsarbeiten zu verwenden, obwohl ein Beschluss vorliegt, wonach diese Einnahmen in die Gebäude investiert werden müssen. Sie weist auf den Investitionsstau und die mangelnde Vermietbarkeit von Wohnungen hin, die nicht instandgesetzt werden.

Herr Brohm antwortet darauf, dass die Kommunalaufsicht eine Haushaltssperre angeordnet hat, die sicherstellen soll, dass nur rechtlich verpflichtende oder unabweisbare Ausgaben getätigt werden, bis ein Konsolidierungsziel von 1,7 Mio. € erreicht ist. Er betont, dass dies auch die Bewirtschaftung kommunaler Wohnungen betrifft und Entscheidungen über notwendige Maßnahmen sorgfältig abgewogen werden müssen. Er verweist auf die finanzielle Realität und die Vorgaben der Kommunalaufsicht, die eine strikte Haushaltsdisziplin erfordern.

Herr Fettback kritisiert die Haushaltsführung und wirft Herrn Brohm vor, die Ortschaftsräte im Unklaren über die tatsächliche finanzielle Lage gelassen zu haben. Er bemängelt, dass die Mittel für die Ortschaften drastisch gekürzt worden sind und dass die Versprechungen einer finanziellen Besserung seit Jahren nicht eingehalten werden. Er führt als Beispiel an, dass ein privater Investor mit geringem Aufwand eine hohe Vermietungsquote in einem zuvor leerstehenden Wohnblock in Bellingen erreicht hat, was die Ineffizienz der bisherigen kommunalen Strategie verdeutlicht.

Herr Grupe bittet darum, die Reihenfolge der Wortmeldungen zukünftig besser zu beachten.

Herr Jacob stellt eine Anfrage zur Abrechnung von Vermietungen des Kulturhauses seit der Einführung einer Gebührensatzung. Er fordert eine Auflistung der Vermietungen, einschließlich Zeitraum und Entgelt, zur Prüfung durch den Ausschuss.

Herr Wittwer erkundigt sich bei Frau Altmann, ob die im Haushalt eingepreiste Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst mit der tatsächlich beschlossenen Erhöhung übereinstimmt.

Frau Altmann erklärt, dass die Erhöhung im Haushalt berücksichtigt ist, die Abweichung ist nur geringfügig.

Frau Braun kritisiert die Ungleichbehandlung zwischen ehrenamtlichen und bezahlten Tätigkeiten in den Ortschaften und hinterfragt, ob dies auch für andere freiwillige Aufgaben wie die Betreuung von Museen gilt. Sie äußert Bedenken, dass ihre Anträge auf Seniorenbetreuung aufgrund der Haushaltssperre abgelehnt werden, während in anderen Ortschaften weiterhin freiwillige Aufgaben finanziert werden, und fordert Klarheit darüber, ob diese Ausgaben ebenfalls betroffen sind.

Herr Brohm erläutert, dass die Finanzierung der Seniorenbetreuung in den Ortschaften aufgrund der Haushaltssperre nicht mehr möglich ist, da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt. Diese Entscheidung, die Seniorenbetreuung nach einem Schlüsselmodell zu organisieren, wurde vom Gremium selbst getroffen. Er betont, dass bestehende Verträge nicht kurzfristig angepasst werden könnten, da sie in der Vergangenheit sukzessive ausliefen und nicht neu besetzt wurden, wie beispielsweise in Bittkau, wo ebenfalls keine Nachbesetzung erfolgt ist. Herr Brohm entgegnet, dass diese Themen bereits mehrfach im Ausschuss diskutiert wurden und verweist auf die bestehenden Regelungen.

Herr Fettback schließt die Öffentlichkeit um 21:35 Uhr.

Öffentlicher Teil

TOP 20: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Es wird die Öffentlichkeit hergestellt.

TOP 21: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst

TOP 22: Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 22:15 Uhr geschlossen.

Fertiggestellt am 20.05.2025